

Über 100 Tage Krieg

USA und Britannien eskalieren im Jemen und mit Israel gegen Gaza

Während in Israel am vergangenen Wochenende mit einer Großdemonstration der israelischen Geiseln gedacht wurde, die seit 100 Tagen in Gaza festgehalten werden, wurden durch israelische Luftangriffe erneut Hunderte Menschen in Gaza getötet. Weltweit gingen Demonstrationen und Proteste für einen sofortigen Waffenstillstand im Krieg gegen Gaza weiter.

Die israelische Armee gab an, rund 9.000 palästinensische Kämpfer in Gaza seit dem 7. Oktober getötet zu haben. Diese 9.000 Toten werden in Israel als »Terroristen« bezeichnet, eine Diktion, die auch in deutschen Medien in Vasallentreue übernommen wird. Von den rund 24.000 toten Männern, Frauen und Kindern insgesamt ist dabei selten die Rede...

Nach Angaben des israelischen Fernsehsenders »Kanal 12« schätzt die Bank von Israel die Kosten des Gaza-Krieges bis zum Jahr 2025 (!) auf rund 54 Milliarden US-Dollar. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärte, niemand werde Israel aufhalten in seinem Krieg gegen Gaza. »Nicht Den Haag, nicht die Achse des Bösen und auch sonst niemand«, so Netanyahu in einer Rede, mit der er die israelische Bevölkerung erneut auf einen langen Krieg einzuschwören versuchte.

Die Zahl der Toten seit Beginn des Krieges gegen Gaza wurde vom palästinensischen Gesundheitsministerium am Sonntag mit 23.700 angegeben, die Zahl der Verletzten stieg über 60.000. Tausende Tote, die aufgrund der anhaltenden Kämpfe nicht geborgen werden können, werden unter den Trümmern vermutet.

Hilfsorganisationen bezeichnen den Gazastreifen inzwischen als »unbewohnbar«, da es an sicherer Unterbringung, Nahrung und medizinischer Versorgung fehlt. Ahmed Bayram vom Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC) sprach im arabischen Nachrichtensender Al-Jazeera am Sonntag von einem »dunklen Moment«. Gaza werde aus militärischen Gründen unbewohnbar gemacht, die Zivilisten bezahlten dafür den Preis. Das UNO-Palästinenserhilfswerk UNRWA forderte erneut einen Waffenstillstand. »Massenhafter Tod, Zerstörung, Vertreibung, Hunger, Verlust und Trauer haben in den letzten 100 Tagen die Menschlichkeit beschmutzt, die wir alle teilen«, schrieb UNRWA-Direktor Philippe Lazzarini.

Krieg zur »Rettung von Wohlstand«

Obwohl USA-Außenminister Antony Blinken noch vor wenigen Tagen bei einer mehrtägigen Tour durch Länder der Region erklärt hatte, eine Ausweitung des Krieges in Gaza vermeiden zu wollen, feuerten die USA und Britannien auch am Wochenende weitere Raketen und Bomben auf den Jemen. Rußland verurteilte die Angriffe als »unverantwortlich« und forderte eine umgehende Sitzung des UNO-Sicherheitsrates, die am 12. Januar stattfand.

Rußland, China, Saudi-Arabien, Jordanien, der Irak, Syrien und zahlreiche andere Staaten der Region fordern ein Ende der Angriffe auf Jemen. Die Außenminister der EU bereiten derzeit einen Militäreinsatz der Europäischen



Bomben auf Khan Yunis im angeblich »sicheren Süden« des Gazastreifens am 100. Tag des Krieges Israels gegen Gaza

(Photo by AFP)

Union im Roten Meer vor. Der EU-Außendienst hat eine Entscheidungsvorlage erarbeitet, auf deren Basis die EU sich militärisch den von den USA geführten Angriffen anschließen sollen, die den entlarvten Namen »Hüterin des Wohlstands« trägt.

Tatsächlich sind die Güter, die durch das Rote Meer und den Suez-Kanal transportiert und von Kommandos der jemenitischen Huthis angegriffen wurden, nicht für die Menschen im Jemen oder für die Not leidende Bevölkerung am Horn von Afrika, in Ägypten oder Gaza gedacht, sondern für Israel. Die Militäroperation von USA und Britannien soll zudem sicherstellen, daß die Waren, das Öl und Flüssiggas aus Katar weiter EU-Mitgliedsländer zu einem möglichst günstigen Preis erreichen. Pro Container, der nun aus Sicherheitsgründen um das Kap der Guten Hoffnung transportiert wird, erhöhen sich die Kosten nach unbestätigten Schätzungen um etwa 1.000 US-Dollar. Die Fahrt ist nach Angaben von Veson Nautical, einem global führenden Anbieter für Schifffahrtssoftware, rund 6.000 Kilometer länger und dauert zusätzliche zehn Tage. Die Kosten für den Treibstoff erhöhen um rund 1 Million US-Dollar pro Schiff.

Die Angriffe von USA und Britannien auf Ziele im Jemen dienen also dem Erhalt westlichen Wohlstands und der Sicherung von Waffenlieferungen an Israel.

Die Huthi-Bewegung, die Ansarallah im Jemen, haben wiederholt erklärt, daß die Angriffe auf für Israel bestimmte Waffenlieferungen durch das Rote Meer gestoppt werden, sobald der Krieg gegen Gaza beendet wird.

Dazu sind weder Israel, noch die USA noch andere

EU- und NATO-Verbündete bereit.

Angriff auf das Armenhaus der arabischen Welt

Die UNO warnt derzeit davor, daß die Not im Jemen durch einen neuen Krieg wieder zunehmen werde. Das Land war zuletzt in einem 7-jährigen Krieg (2015-2022) unter der Führung von Saudi-Arabien, das von den USA, Frankreich und Britannien dabei unterstützt worden war, massiv zerstört worden. Nach Angaben des UNO-Büros für Nothilfe (OCHA) aus dem Jahr 2022 wurden in diesem Krieg 233.000 Menschen getötet, mehr als 100.000 Menschen starben an den Folgen des Krieges. Von den rund 33 Millionen Einwohnern leben mehr als 20 Millionen unter der Armutsgrenze von 1,5 US-Dollar/Tag und sind auf Nahrungsmittelhilfe und medizinische Versorgung aus dem Ausland angewiesen. Schon vor dem Krieg Saudi-Arabiens galt der Jemen als das »Armenhaus der arabischen Welt«.

Der UNO-Sonderbeauftragte für den Jemen, der schwedische Diplomat Hans Grundberg, forderte alle Akteure auf, die Lage im Jemen nicht weiter zu verschlimmern. Zivilisten müßten geschützt werden, der Friedensprozeß im Jemen, der mit dem Waffenstillstandsabkommen im April 2022 in Gang gekommen sei, dürfe nicht gefährdet werden. Das betreffe insbesondere die Vereinbarungen von Dezember 2023, mit denen sich die Parteien – Ansarallah und Saudi-Arabien – auf einen Friedensplan der UNO geeinigt hatten. Der Plan betrifft die Umsetzung des landesweiten Waffenstillstandes, die Aufnahme eines

politischen Prozesses und die Verbesserung der Lebenssituation der jemenitischen Bevölkerung.

Der 2022 geschlossene Waffenstillstand war mehrfach verlängert worden und mündete im Frühjahr 2023 in direkte Gesprächen zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien. Auslöser dafür war die von China im März 2023 vermittelte Wiederannäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien. Die Annäherung beider Länder hatte die Hoffnung in der Region auf ein Ende jahrelanger Stellvertreterkriege und -konflikte genährt, in die die beiden wichtigen Regionalmächte im Jemen, im Irak, in Syrien und im Libanon verwickelt waren.

Die Reaktion der USA auf diese Annäherung war ein intensives Werben der USA-Streitkräfte bei den arabischen Golfstaaten, einen gemeinsamen »Raketenabwehrschirm« gegen den Iran aufzubauen. Auch die »Normalisierung« der Beziehungen der arabischen Staaten mit Israel – unabhängig von der Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung – wurde von der Biden-Administration weiter forciert.

Vertrauen in USA und EU im Sturzflug

Zahlreiche Umfragen befassten sich nach 100 Tagen Krieg gegen Gaza mit der Meinung der Bevölkerung sowohl in Israel als auch in den USA. Die arabische Wahrnehmung im Zusammenhang mit Israels Krieg gegen Gaza zeigt vor allem gegenüber bisherigen Verbündeten im Westen deutliche Veränderung. Die Befragten zeigen große Sympathie gegenüber den Staaten, die sich aktiv für die Interessen und Ziele der Palästinenser und aktuell für ei-

nen Waffenstillstand einsetzen, während sie sich von den Staaten, die Israel aktiv unterstützen, deutlich abwenden.

Deutschland, dessen Regierung vor wenigen Tagen erklärte, man werde zugunsten Israels im Verfahren in Den Haag als »dritte Partei« auftreten und könne »keinen Völkermord« in Gaza erkennen, provozierte zahlreiche Journalisten und Akteure in sozialen Medien zu scharfer Kritik. Deutschland sei »dazu bestimmt, immer auf der falschen Seite der Geschichte zu stehen«, hieß es in einem Beitrag, der über soziale Medien auch die Autorin erreichte. »Deutschland wählt wieder ethnische Säuberung!«

Stimmung vor und nach dem 7. Oktober

Das in Tunesien regelmäßig durchgeführte Arabische Barometer zeigte schon Mitte Dezember 2023 einen deutlichen Meinungsumschwung nach dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Angriffs der Qassam-Brigaden auf Israel. Die Unterstützung für die USA und eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina sank rapide ab, während die Unterstützung für den Iran und den bewaffneten Kampf gegen Israel deutlich zunahm.

So wünschten sich vor dem 7. Oktober noch 56 Prozent der Tunesier enge wirtschaftliche Beziehungen mit den USA, nur drei Wochen später schon war dieser Prozentsatz auf 34 Prozent gesunken. USA-Präsident Joe Biden hatte vor dem 7. Oktober noch eine Zustimmung von 29 Prozent. Nach dem Beginn des israelischen Krieges gegen Gaza und der Erklärung von Biden, es gebe »keine Bedingungen« für die Unterstützung der USA für Is-

rael, sankt sein Beliebtheitswert auf gerade noch 6 Prozent.

Auch die Ansicht über China änderte sich. Während vor dem 7. Oktober nur etwa ein Drittel der Tunesier die Politik Chinas zum Israelisch-Palästinensischen Konflikt der Politik der USA vorzogen, waren es nach dem 7. Oktober 50 Prozent der Befragten, die die chinesische Politik besser fanden. Nur 14 Prozent der Befragten sagten das noch für die USA-Politik. Ähnlich war das Ergebnis bei der Frage, wer eine bessere Politik für regionale Sicherheit verfolge. Schon vor dem 7. Oktober bevorzugten 31 Prozent der Tunesier die chinesische Politik, während es nach dem 7. Oktober 50 Prozent waren. Die Prozentzahl derjenigen, die die USA-Politik hinsichtlich der regionalen Sicherheit bevorzugten, sank von 19 Prozent vor dem 7. Oktober auf 12 Prozent.

Während die Umfrage nicht konkret nach der Politik des Iran fragte, wurde doch nach der Außenpolitik des obersten Revolutionsführers im Iran, Ayatollah Ali Khamenei gefragt. Dieser hatte am 19. Oktober 2023 ein Ende der Bombardierung des Gaza-Streifens gefordert und Israel einen »Völkermord« vorgeworfen. Die Zustimmungswerte zur iranischen Außenpolitik stiegen nach der Erklärung von Khamenei von 29 Prozent der Tunesier auf 41 Prozent.

Der Krieg gegen Gaza hat in Tunesien die Zustimmung zu einer von den USA seit Jahren vorangetriebenen Politik der »Normalisierung« zwischen arabischen Staaten und Israel im Keller versenkt. Waren vor dem 7. Oktober ohnehin nur 12 Prozent der Ansicht, man könne eine »Normalisierung« der Beziehungen mit Israel versuchen, lagen Ende Oktober die Zustimmungswerte zur »Normalisierung« bei weniger als 1 Prozent.

Große psychologische Belastung

Das Arabische Zentrum für Forschung und politische Studien mit Sitz in Doha (Katar), veröffentlichte am 10. Januar 2024 die Ergebnisse einer weiteren Umfrage über den Krieg gegen Gaza. 8.000 Männer und Frauen wurden in 16 arabischen Ländern befragt. Danach äußerten 97 Prozent der Befragten, daß der Krieg gegen Gaza sie psychologisch belastete. 80 Prozent gaben an, regelmäßig die Nachrichten über den Krieg zu verfolgen, 7 Prozent hörten keine Nachrichten. 54 Prozent nutzten das Fernsehen, 43 Prozent das Internet, um sich zu informieren.

Die Haltung gegenüber regionalen und internationalen Akteuren im Krieg Israels gegen Gaza zeigte mit 94 Prozent eine sehr deutliche Ablehnung der USA-Position, 82 Prozent nannten die Haltung der USA »sehr schlecht«. Ähnlich negativ wurden die Positionen von Frankreich (Ablehnung 79 Prozent), Britannien (78 Prozent) und Deutschland (75 Prozent) eingestuft. 76 Prozent gaben an, daß ihre Ablehnung gegenüber den USA deutlich zugenommen habe seit Beginn des Gazakrieges. 81 Prozent sagten, sie hielten die Äußerungen der USA hinsichtlich eines Staates Palästina in den Grenzen von 1967 für unglaubwürdig.

Karin Leukefeld,
Damaskus